

Kurzbericht

Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen

(62. - öffentliche - Sitzung am 20. Januar 2021)

Beratungsthemen:

1. Verfassungsgerichtliches Verfahren:

Verfassungsbeschwerde

der Zweites Deutsches Fernsehen Anstalt des öffentlichen Rechts, vertreten durch den Intendanten, gegen das Unterlassen der Zustimmung des Landtags Sachsen-Anhalt zum Entwurf eines Gesetzes zum Ersten Medienänderungsstaatsvertrag und Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung (Aktenzeichen 1 BvR 2756/20)

Der Ausschuss empfahl dem Landtag, von einer Stellungnahme gegenüber dem Bundesverfassungsgericht abzusehen.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE, FDP

Ablehnung: -

Enthaltung: -

2. Verfassungsgerichtliches Verfahren:

Organstreitverfahren

1. des Herrn Christopher Emden, MdL, Hannah-Ahrendt-Platz 1, 30159 Hannover,
- Antragsteller zu 1 -

und

2. des Herrn Stephan Bothe, MdL, Hannah-Ahrendt-Platz 1, 30159 Hannover,
- Antragsteller zu 2 -

gegen

die Präsidentin des Niedersächsischen Landtages, Frau Dr. Gabriele Andretta,
MdL, Hannah-Arendt-Platz 1, 30159 Hannover - Antragsgegnerin -

wegen Feststellung der Verletzung verfassungsmäßiger Rechte aus Art. 12 Satz 2
NV, Art. 14 NV (Anordnung einer Maskenpflicht in den Gebäuden des Landtages) -

StGH 6/20

Der Ausschuss empfahl dem Landtag, von einer Stellungnahme gegenüber dem Staatsgerichtshof abzusehen.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE, FDP

Ablehnung: -

Enthaltung: -

Der Ausschuss ersuchte die Präsidentin des Landtages angesichts der am heutigen Tage ablaufenden Frist zur Stellungnahme, den Staatsgerichtshof über diese Beschlussempfehlung zu unterrichten.

3. a) **Entwurf eines Gesetzes zur Beteiligung des Landtages bei Maßnahmen nach dem Infektionsschutzgesetz des Bundes**

Gesetzentwurf der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/6297](#)

b) **Entwurf eines Niedersächsischen Gesetzes zur Bekämpfung der Coronavirus-Epidemie**

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP - [Drs. 18/6381](#)

Der - federführende - Ausschuss schloss die Beratungen über die Gesetzentwürfe ab.

- a) Er empfahl dem Landtag vorbehaltlich der Zustimmung des - mitberatenden - Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung, den Gesetzentwurf der Fraktion der Grünen abzulehnen.

Zustimmung: SPD, CDU

Ablehnung: GRÜNE

Enthaltung: FDP

Berichterstattung (schriftlicher Bericht): Abg. Röhler.

- b) Der Ausschuss empfahl dem Landtag, den Gesetzentwurf der Fraktion der FDP abzulehnen.

Zustimmung: SPD, CDU

Ablehnung: GRÜNE, FDP

Enthaltung: -

Berichterstattung (schriftlicher Bericht): Abg. Kreiser.

4. **Corona-App - Mit Begleitgesetz echte Freiwilligkeit und die Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und Verbraucherinnen und Verbrauchern schützen**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/6815](#)

Der Ausschuss schloss die Antragsberatung ab. Er empfahl dem Landtag, den Antrag abzulehnen.

Zustimmung: SPD, CDU

Ablehnung: GRÜNE

Enthaltung: FDP

5. **Die Haftentschädigung muss erhöht werden! - Spezielle Betreuungsangebote einführen!**

Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 18/151](#)

Der - federführende - Ausschuss nahm einen Sachstandsbericht des Justizministeriums entgegen und setzte die Antragsberatung fort.